

Bad Schwalbach, den 06.07.2023

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit
Sitzungsnummer	14/XI. Wahlperiode
Datum	Mittwoch, 5. Juli 2023
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:12 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Wendy Penk	
-----------------	--

Mitglied

Herr Matthias Bremser	
Herr Ulrich Fachinger	
Frau Sonya Henneberg	
Herr Timo Müller	
Frau Alexandra Unger	

Stellv. Mitglied

Herr Ali Emamalizadeh	
Frau Sigrid Hansen	
Herr Volker Mosler	

ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

Fraktionslose Abgeordnete der Partei DIE LINKE

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

entschuldigt

Frau Helga Becker	
Frau Dr. Jeanette Meixensperger	

Herr Alexander Müller MdB	
Frau Petra Müller-Klepper MdL	
Herr Paul Weimann	
Herr Sandro Zehner	

Schriftführer

Herr Jörg Engelbach	
---------------------	--

Verwaltung

Frau Liane Schmidt	
--------------------	--

Gäste

Herr Günter Soukup	
--------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, begrüßt die Anwesenden zur 14. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG). Sie stellt fest, dass die Tagesordnung und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit vom 10. Mai 2023

Auf Nachfrage von Frau Penk werden keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JSG vom 10. Mai 2023 und zur heutigen Tagesordnung vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS Sachstandsbericht Bürgergeld

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Penk, gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS Sachstandsbericht Asyl

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Penk, gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS XI/815 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Penk, gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS XI/835 Konzept für zusätzliche Sozialwohnungen; hier: Antrag 22/23 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 12. Juni 2023

Abg. Pörtner führt als Antragsteller in den Antrag ein.

Abg. Penk kündigt als Vertreterin der Fraktion der SPD einen Änderungsantrag zum Antrag der Partei DIE LINKE an.

Abg. Pörtner stellt den Antrag seiner Partei daraufhin zurück, bis der Änderungsantrag der Fraktion der SPD vorliegt.

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 6. DS XI/836 Bündnis gegen Armut; hier: Antrag Nr. 23/23 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 12. Juni 2023

Abg. Pörtner führt als Antragsteller in den Antrag ein.

Ein ergänzender Antrag der Fraktion der SPD wird vorgelegt (**Anlage 1 der Niederschrift**), den Abg. Penk erläutert.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Bremser, Henneberg, Mosler, Müller und Pörtner, sowie die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, Frau Schmidt von der Verwaltung und Herr KB Döring.

Beide Anträge werden zurückgestellt. Die Fraktion der SPD wird eine Große Anfrage nach der Sommerpause dem Kreistag vorlegen, in dieser der Kreisausschuss aufgefordert wird, den Personalaufwand bzw. die Kosten für eine Vergabe für einen Kreissozialbericht zu eruieren.

Es wird angeregt, den 2012 erstellten Sozialindex für den Rheingau-Taunus-Kreis dem Protokoll beizufügen (**Anlage 2 der Niederschrift**).

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 7. DS XI/838 Partizipation von Jugendlichen im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 24/23 der SPD-Fraktion vom 12. Juni 2023, eingegangen am 13. Juni 2023

Abg. Penk führt als Antragstellerin in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Bremser, Hansen, Mosler und Pörtner, sowie die Ausschussvorsitzende, Frau Penk.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 8. DS XI/840 Förderung der Hebammenversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag 26/23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2023, eingegangen am 13. Juni 2023

Abg. Hansen führt in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Henneberg, Mosler, Müller und Pörtner, sowie die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, Frau Schmidt von der Verwaltung und Herr KB Döring.

Der JSG regt an, den Antrag mit der vom Kreistag in seiner Sitzung am 27. September 2022 beschlossenen Hebammen-Koordinierung zusammen zu führen. Darüber soll nach 6 Monaten berichtet werden.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zu prüfen, inwiefern die Aufwendungen für Qualitätsmanagement-Maßnahmen selbstständiger Hebammen vom Rheingau-Taunus-Kreis ganz oder teilweise übernommen werden können und ob im Rheingau-Taunus-Kreis ein Modell wie das Pilotprojekt „Hebamme vor Ort“ des Main-Kinzig-Kreises etabliert werden kann. Hierbei soll die Zusammenarbeit mit dem Main-Kinzig-Kreis gesucht werden, um an den Erfahrungen und Ergebnissen des dortigen Pilotprojekts zu partizipieren.

Die Prüfung soll folgende Punkte umfassen:

1. Ermittlung der Kosten für die Qualitätsmanagement-Maßnahmen selbstständiger Hebammen unter Berücksichtigung der direkten Kosten (z. B. für Schulungen und Zertifizierungen) und der indirekten Kosten (z. B. für Zeit- und Verwaltungsaufwand, soweit

letztere beziffert werden können.

2. Basierend auf den Ergebnissen der Kostenanalyse soll die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung für Qualitätsmanagement-Maßnahmen geprüft werden. Dies könnte beispielsweise die Übernahme der Kosten für bestimmte Schulungen oder Zertifizierungen umfassen.

3. In enger Zusammenarbeit mit Hebammenverbänden und anderen relevanten Institutionen sollen die Möglichkeiten zur Kofinanzierung oder Zusammenarbeit bei der Durchführung von Qualitätsmanagement-Maßnahmen geprüft werden. Durch solche Partnerschaften könnten die finanziellen Belastungen besser verteilt und Synergien genutzt werden. Bei positivem Prüfergebnis zur Umsetzung des Pilotprojekts „Hebamme vor Ort“ im Rheingau-Taunus-Kreis soll darüber hinaus:

4. In Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Hessischen Hebammen die Machbarkeit eines solchen Modells Rheingau-Taunus-Kreis erörtert werden, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse liegen der Hebammen sowie der werdenden Mütter.

5. Eine Liste von Hebammen erstellt werden, die bereit sind, während eines Einsatzes außerhalb einer Klinik mitzuwirken. Hierbei sollten die Hebammen ihre Präferenzen hinsichtlich des Einsatzradius und der Erreichbarkeit angeben können.

6. Sichergestellt werden, dass die Hebammen im Rahmen des Modells „Hebamme vor Ort“ ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz genießen. Dabei können die Erfahrungen und Regelungen des Main-Kinzig-Kreises als Orientierung dienen.

7. Der Kreisausschuss den Bedarf an Finanzmitteln für die Umsetzung des Modells beziffern und dem Kreistag eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen.

8. Der JSG regt an, den Antrag mit der vom Kreistag in seiner Sitzung am 27. September 2022 beschlossenen Hebammen-Koordinierung zusammen zu führen. Darüber soll nach 6 Monaten berichtet werden

TOP 9. DS XI/844 Ausreichend Pflegeeinrichtungen schaffen; hier: Antrag Nr. 28/23 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE vom 14. Juni 2023

Abg. Pörtner führt als Antragsteller in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Hansen und Mosler, sowie Frau Schmidt von der Verwaltung und Herr KB Döring.

Abg. Pörtner stellt den Antrag seiner Partei daraufhin zurück, bis der Landesbericht zu dem Thema, auf den Abg. Mosler hingewiesen hat, vorliegt.

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 10. DS XI/846 Weiterentwicklung des Kreisaltenzentrums; hier: Antrag Nr. 30/23 der AfD-Fraktion vom 14. Juni 2023

Abg. Fachinger führt als Antragsteller in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Fachinger, Mosler, Müller und Pörtner.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 11. DS XI/847 Kloster Tiefenthal – keine Flüchtlingsunterkunft in Eltville; hier: Antrag Nr. 31/23 der AfD-Fraktion vom 14. Juni 2023

Abg. Fachinger führt als Antragsteller in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Hansen, Mosler und Pörtner, sowie Herr KB Döring.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 12. DS XI/848 Barrierefreiheit – Abbau von Barrieren im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 32/23 der CDU-Fraktion vom 13. Juni 2023, eingegangen am 14. Juni 2023

Abg. Mosler führt als Antragsteller in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich der Beauftragte des Rheingau-Taunus-Kreises für Menschen mit Behinderungen, Herr Soukup, der für diesen TOP Rederecht erhält, sowie Herr KB Döring.

Herr Soukup bittet darum, im Punkt 2 des Antrages den Begriff Behindertenbeauftragter durch Beauftragter für Menschen mit Behinderung zu ersetzen, was vom Antragsteller zugesagt wird.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, welche Baumaßnahmen bei den kreiseigenen Liegenschaften erforderlich sind, um Barrierefreiheit zu gewährleisten.
2. Er wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Beauftragten für Menschen mit Behinderung einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erstellen – inklusive eines Kostenrahmens und einem Vorschlag für die Priorisierung der dringlichsten Projekte - und dem Kreistag nach der Sommerpause vorzulegen.
3. Für die Umsetzung soll die Fördermöglichkeit genutzt werden, die das Land mit der neuen „Förderrichtlinie zum Ausbau inklusiver kommunaler Angebote im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention“ eröffnet hat.

TOP 13. DS Verschiedenes

Zum TOP gab es keine Meldungen

Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, schließt die Sitzung um 17:12 Uhr.

Bad Schwalbach, 6. Juli 2023

(Wendy Penk)
Ausschussvorsitzende

(Jörg Engelbach)
Schriftführer